

Nr. **XIX. GP.-NR**
327 /J
1995 -01- 16

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Inneres

betreffend die Zusammenarbeit von Exekutivbeamten mit Neonazis

Am 11. Jänner 1995 ließ Innenminister Löschnak die interessierte Öffentlichkeit mit "neuen" Informationen in der Briefbombenaffäre aufhorchen. *Man wisse noch nicht, ob man mit den beiden (Radl jun. und Binder) auch die Haupttäter gefunden habe, oder ob es noch gelte, diese zu finden.*

Diese Information steht eindeutig jener des Innenministers vom 9. März des Vorjahres entgegen, als er die Öffentlichkeit so informierte: *"Die Ermittlungen sind abgeschlossen, Vollanzeigen werden in der nächsten Zeit erwartet".*

Informationen über den Stand der Briefbombenaffäre gab es aus dem Innenministerium nicht nur für die irreführende Öffentlichkeit, sondern auch für die rechte Szene.

Der Chef der Staatspolizei Oswald Kessler wurde im NEWS Nr. 51/94 mit folgenden Sätzen zitiert. *"... Aber es gibt auch Behörden, die ein bedenkliches Naheverhältnis zur rechten Szene haben. Nur ein Beispiel: Es gab auch - mittlerweile suspendierte - Exekutivbeamte, die verdächtige Neonazis über den Stand der Ermittlungen informiert haben. Die Szene hatte so unmittelbarem Zugang zu den Akten".*

Die unterfertigten Abgeordneten gehen davon aus, daß sich das Innenministerium nicht nur gegenüber den Neonazis sondern auch gegenüber den Abgeordneten des Nationalrates auskunftsfreudig zeigt und stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Welche Behörden haben ein bedenkliches Naheverhältnis zur rechten Szene?
2. Woraus besteht dieses Verhältnis?
3. Welche Elemente machen dieses Verhältnis zu einem "bedenklichen Verhältnis"?

4. Welche Exekutivbeamte haben Neonazis über den Stand der Ermittlungen informiert?
5. Welche Neonazis wurden informiert?
6. Zu welchen Akten hatte die Szene unmittelbaren Zugang?
7. Wann wurden wieviele und welche Beamte suspendiert?
8. Gegen wieviele und welche Beamte wurden diesbezüglich sonst Ermittlungen geführt, mit welchen Ergebnissen?
9. Was haben Sie unternommen, um den Schaden durch diese Kooperation ihrer Behörden mit den Neonazis einzugrenzen?
10. Wie gedenken Sie in Hinkunft derartige Kooperationen ihrer Beamten mit Neonazis von vornherein auszuschalten?